

OTTO LACIS

## Woran ist die KPdSU gescheitert?

Die linke Presse nennt mich gelegentlich einen Überläufer. Denn als ehemaliges KPdSU-Mitglied bin ich nicht Mitglied der KPRF<sup>1</sup> geworden und habe diese sogar mehrfach kritisiert. Die KPRF vereint, wenn man ihren offiziellen Angaben glauben darf, nicht mehr als vier Prozent der ehemaligen KPdSU-Mitglieder Rußlands. Ich gehöre somit zur »Partei« der 96 Prozent, die nicht zu den Sjuganow-Anhängern gegangen sind.

Es sind vielmehr die Führer der KPRF, die Verrat an den Werktätigen, an der Sache einer gerechten Gesellschaftsordnung üben. Davon kann man sich leicht überzeugen, wenn man sich mit der offiziellen Ideologie dieser Partei vertraut macht. Sie betreiben die Wiederbelebung der mit »nationalem Sozialismus« verbrämten verhängnisvollen stalinistischen Ideologie. Sie kolportieren Legenden über Vergangenheit und Gegenwart Rußlands. Sie verbrüdern sich mit der den Bolschewiki wesensfremden Kirche. Sie – und das ist das wichtigste – lehnen die für Rußland lebensnotwendigen marktwirtschaftlichen und demokratischen Reformen ab. Und sie wollen glauben machen, sie seien die rechtmäßigen Erben der kommunistischen Revolutionäre. Es wäre interessant zu sehen, wie Dzierzynski mit Makaschow<sup>2</sup> umgegangen wäre, wenn sie sich hätten begegnen können. Die KPRF ist die grausamste Verhöhnung der Menschen des Roten Oktober.

Ich habe mich nicht von der KPdSU losgesagt und sage mich auch heute nicht von ihr los. Doch diese Partei existiert nicht mehr. Bis zum letzten Tag war ich an der Seite derer, die den Selbstmord dieser Partei zu verhindern suchten, weil sie überzeugt waren, daß es für sie eine Möglichkeit gab, auch im dritten Jahrtausend weiter zu bestehen: Sie hätte sich an der Verwirklichung der für das Land so notwendigen Reformen aktiv beteiligen müssen. Dazu wäre es in erster Linie notwendig gewesen, die Partei selbst zu reformieren. Das ist nicht gelungen. Die Partei war nicht reformierbar. Denn die ihr von Stalin zugefügte Deformierung war nicht mehr rückgängig zu machen. Man kann uns vorwerfen, mit dem Versuch, die KPdSU zu reformieren, gescheitert zu sein. Doch dumm wäre es, das Scheitern zu leugnen.

Man kann den Zerfall des großen Staates, in dem wir geboren wurden und aufgewachsen sind, bedauern. Es wäre jedoch töricht, so zu tun, als brauchte man bloß die Abmachungen von Belaja Wesha<sup>3</sup> zu annullieren, damit die Leiche wieder zum Leben erwacht. Die UdSSR hauchte ihr Leben am 19. August 1991 aus, nachdem ihr die

Otto Lacis, Jg. 1934, Dr. sc. ök., Sohn lettischer Kommunisten, 1951-1956 Studium der Journalistik an der Moskauer Universität; 1975-1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ökonomie des sozialistischen Weltsystems (heute Institut für Internationale ökonomische und politische Forschungen der Akademie der Wissenschaften Rußlands); davor und danach insgesamt 37 Jahre Presstätigkeit (darunter »Probleme des Friedens und des Sozialismus«, Prag, und »Kommunist«, Moskau); Autor von 12 Büchern. 1990/1991 Mitglied des ZK der KPdSU, 1993-1996 Mitglied des Präsidentenrates, den er aus Protest gegen den Krieg in Tschetschenien verließ. Heute stellv. Chefredakteur der Zeitung »Russkij kurjer« (Russischer Kurier), Moskau, lebt in Moskau.

Der Beitrag stellt das Schlußkapitel des jüngsten – autobiographischen – Buches des Autors dar: »Tschatel'no splanirovannoe samoubijstvo« (Der sorgfältig geplante Selbstmord), Moskau 2001. Darin berichtet der Autor über seine Arbeit als Journalist und seine Begegnungen mit führenden Politikern der UdSSR und Rußlands in den 80er und 90er Jahren.

Der Autor über sein Buch: Es sei »ein Buch über Hoffnungen und Enttäuschungen, über Gewinne und Verluste unserer Generation, über verpasste Chancen und das dramatische Ende des Landes, in dem wir geboren wurden und lebten.«

1 KPRF – Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation.

2 Ehemaliger sowjetischer General, der 1992-93 beim Kampf gegen Jelzins Politik auch ein Bündnis mit russischen Faschisten einging, was das Schlagwort von der »rot-braunen Koalition« hervorbrachte.

3 Hier, im sog. Urwald von Belaja Wescha, nahe der polnischen Grenze, beschloss die Staatschefs Rußlands (Jelzin), der Ukraine (Krawtschuk) und Belorußlands (Schuschkewitsch) nach den im Gefolge des gescheiterten Moskauer Augustputsches erfolgten Unabhängigkeitserklärungen der sog. Unionsrepubliken am 8. Dezember 1991 die Gründung eines Bundes ihrer Republiken, was de facto der Auflösung der Sowjetunion gleichkam.

Putschisten den Todesstoß versetzt hatten. Im Wald von Belaja Wescha wurde im Dezember lediglich der Totenschein ausgestellt. Es ist lächerlich und unehrlich, auf den Volksentscheid vom März 1991 zu verweisen. Unehrllich nicht nur deshalb, weil die Formulierung der Fragestellung damals zwiespältig war, sondern auch deshalb, weil bis zum 19. August das Volk seine Meinung zu dem eigenen Staat geändert hatte. Im März stimmte die Ukraine für die UdSSR, im Dezemberreferendum für die eigene Unabhängigkeit. Bis zum August nahmen die baltischen Republiken die ihnen aufgezwungene fünfjährige Übergangszeit bis zur Unabhängigkeit widerwillig hin. Es gab ja die vage Hoffnung, daß sich die Sache in den fünf Jahren irgendwie erledigt haben würde. Nach dem 19. August war die Unabhängigkeit eine vollendete Tatsache.

Man kann bedauern, daß der Versuch, eine gerechtere Gesellschaftsordnung zu schaffen, der fast geglückt schien, wieder einmal nicht gelang. Dabei hatte die Großmacht, die 74 Jahre unter der Flagge des Sozialismus lebte, gewaltige Siege errungen, von der Einnahme Berlins 1945 bis zum Eintritt in den Kosmos 1961. Und dennoch: Der 19. August bedeutete das endgültige Scheitern dieses grandiosen Versuchs.

Man kann das Ende der KPdSU bedauern. Bedauern heißt aber nicht, die Augen zu verschließen und so zu tun, als ob die Totengräber der KPdSU, repräsentiert durch die Sjuganowleute, ihre Nachfolger werden könnten.

Um nichts durcheinander zu bringen, sollte man zunächst einige Begriffe klären. Was ist Sozialismus? Was bedeutet »kommunistische Perspektive«? Was heißt Bolschewismus und die Sache Lenins?

### *Sozialismus*

Eine allgemein akzeptierte Definition des Sozialismus existiert nicht. Nach Ansicht westlicher Soziologen und Politikwissenschaftler ist das vor allem die Entscheidung für (oft illusorische) soziale Sicherheit bei Verzicht auf politische und ökonomische Freiheit. Für die meisten Autoren unterschiedlichster Richtungen ist es außerdem der Verzicht auf Marktwirtschaft zugunsten einer Plan- und Verteilungswirtschaft. In der politischen Praxis versteht man unter Sozialismus die Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der achtziger Jahre in der UdSSR sowie in Ländern Mittel- und Osteuropas existierte und nunmehr in China, der KVDR und auf Kuba weiterlebt. Manche Publizisten bezeichnen als Sozialismus eine Gesellschaft mit weitgehenden sozialen Sicherheiten vom Typ der schwedischen.

Es macht wenig Sinn, all diese Varianten im Detail zu betrachten. Ich will versuchen, das nach Ausdehnung und Lebensdauer bedeutendste Muster sozialistischer Praxis kurz zu beurteilen, und zwar nach den Gesetzen, welche diese Gesellschaftsordnung sich selbst vorschrieb.

Die sowjetische Gesellschaftsordnung galt als sozialistisch wegen ihres Hauptmerkmals, der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Ob angebracht oder nicht, zitiert wurde immer wieder aus dem Kommunistischen Manifest: »In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhe-

bung des Privateigentums, zusammenfassen«.<sup>4</sup> Fast immer wird der Anfang dieses Satzes weggelassen. »In diesem Sinne« das klingt erst einmal einschränkend und verweist zweitens auf vorausgegangene Überlegungen. Welche sind das? Davor stehen die Sätze: »Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die andern beruht.«

Was brachte nun der sowjetische Sozialismus anstelle des bürgerlichen (kapitalistischen) Privateigentums hervor? Er erzeugte etwas, was am Ende eine verkappte Variante des Privateigentums war, auf der Ausbeutung der einen durch die anderen beruhte und sich für die Lohnarbeitenden als viel ungünstiger als das bürgerliche Eigentum erwies. Es war das Staatseigentum, das zur höchsten Form des gesellschaftlichen Eigentums deklariert wurde. Allerdings kamen Lenin, vor seinem Tode, Zweifel an den Vorteilen der Verstaatlichung, und er schlug vor, auf die Genossenschaften zu setzen.

Stalin machte schnell Schluß mit diesen angeblich falschen Ideen. In der Praxis ersetzte er die Genossenschaften durch die Kolchosen, durch eine Struktur also, die eher vorkapitalistisch bzw. frühfeudal war. Und in der Theorie legte er kategorisch fest, daß das staatliche Eigentum die höchste Form sozialistischen Eigentums sei. Für den Übergang zum Kommunismus komme es folglich nur noch darauf an, das rückständige Kolchoseigentum in staatliches Eigentum zu verwandeln. Damit könnten dann auch als letztes Überbleibsel des Kapitalismus die Ware-Geld-Beziehungen aufgehoben werden.

Theoretiker vom Format eines Richard Kosolapov folgen heute noch den Stalinschen Ideen über die Vorzüge einer totalen Verstaatlichung gegenüber den Genossenschaften. Vernünftiger Analytiker der sowjetischen Wirtschaft erlaubten es sich während der Stagnationszeit, das Gegenteil zu behaupten: Die Genossenschaftsform sei effektiver. Sich für die Privatwirtschaft einzusetzen, war niemandem erlaubt. Unabhängig von diesen Unterschieden wurde die Vorherrschaft des Staatseigentums in der Wirtschaft nicht in Frage gestellt, so daß zwischen *staatlich* und *sozialistisch* immer ein Gleichheitszeichen stand. Die nächste sich logisch aufdrängende Frage – Wem gehört der Staat? – war in den der Zensur unterliegenden Medien streng verboten.

Dabei war Karl Marx vom Staat niemals so begeistert gewesen wie seine sowjetischen Adepten. Zur selben Zeit, als das Kommunistische Manifest entstand, schrieb Marx, die Bürokratie betrachte den Staat als ihr Privateigentum.

Der sowjetische Staat wurde als Privateigentum der sowjetischen Bürokratie zur Vollkommenheit gebracht. Die Demokratie als eine Form der Kontrolle über den Staat und des Machtwechsels wurde völlig liquidiert. Das Machtmonopol der einzigen zugelassenen Partei war in der Verfassung festgeschrieben. Der Nomenklaturmechanismus der Kaderauswahl wurde zur konkreten Form der Verteilung einzelner Teile des Staates. Diese wurden damit zum Privateigentum der Bürokratie. Das Planungs- und Verteilungssystem in der Wirt-

4 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 4, S. 475.

schaft, welches die Marktmechanismen ersetzte, wurde zum Machtmechanismus der Bürokratie über die materiellen Ressourcen. Zu ihrem höchsten und geheimen Ziel wurde die Verteilung materieller Güter mittels des Systems der Nomenklaturversorgung.

Natürlich hat jedes System seine Nachteile, die man hinnehmen muß, wenn man von ihren Vorzügen profitieren will. Der sowjetische Sozialismus, als eine Form der Realisierung bürokratischen Eigentums, war vom Standpunkt seiner herrschenden Klasse ebenfalls nicht fehlerfrei. Er gewährte der Klasse der Bürokratie kein persönliches Eigentum, sondern nur ein korporatives. Er gewährte kein Eigentum auf Lebenszeit, sondern nur für die Zeit des Verbleibs in der Dienststellung. Letzteres war übrigens nicht nur ein Nachteil. Der Beamte war von den ihm übergeordneten abhängig, von ihm selbst hingen seine Untergebenen ab. Das ergab die Möglichkeit, die Macht an sich auszukosten, und es stimulierte das Streben zum Aufstieg auf der Karriereleiter. Schließlich bestand ein Nachteil in der fehlenden Möglichkeit, Teile des Staates als Eigentum zu vererben.

Die Bürokratie versuchte – nicht ohne Erfolg –, die Nachteile des Systems zu minimieren. Das Fehlen eines lebenslangen Eigentums wurde durch Unterschlagung, Bestechung und andere Formen illegaler Aneignung kompensiert, was durch die in den Händen der Bürokratie liegende Macht erleichtert wurde. Das Fehlen eines Vererbungsmechanismus' für eine solch spezifische Form des Eigentums wie das Eigentum an Teilen der Staatsmacht wurde durch den gleichen Nomenklaturmechanismus wieder wettgemacht – durch Auswahl leitender Kader in Verbindung mit dem System privilegierter Schulen und Hochschulen, durch Privilegien bei längeren oder kürzeren Auslandsreisen. Das ermöglichte es zwar nicht, konkrete Teile des Staatseigentums zu erben, erleichterte es jedoch, in der Klasse der bürokratischen Eigentümer zu verbleiben.

Sie verfügten über das Staatseigentum, als wäre es ihr Eigentum, und sie verschleuderten es, als wäre es fremdes. Dieser Aphorismus von Milovan Djilas aus seinem Buch »Die neue Klasse« bringt das Wesen des Eigentums im sozialistischen Sowjetstaat am besten zum Ausdruck. In ihm war alles zur Zufriedenheit der Bürokratie angelegt. Die angeführten Nachteile galten als untergeordneter, kaum beunruhigender Faktor, den die Bürokratie des postsowjetischen Rußland übrigens möglichst schnell zu beseitigen verstand.

Der Untergang des Systems war Folge einer uneffektiven Steuerung der gesellschaftlichen Produktion und der unbefriedigenden Lösung sozialer Probleme. Es ging auf Grund seiner ökonomischen Uneffektivität unter, deren Hauptursache in der Ablehnung marktwirtschaftlicher Beziehungen zugunsten der Plan- und Verteilungsbeziehungen bestand.

Streng genommen gibt es keine Gründe für die Gleichsetzung von Sozialismus mit Nichtmarktwirtschaft und zentralisierter Planung. Mehr noch, historische Tatsachen beweisen, daß es eine zentralisierte staatliche Planung und Verteilung ebenso wie staatliches Eigentum in Rußland lange vor der Oktoberrevolution gegeben hat. Aus der sattsam bekannten Stalinschen fünfteiligen Klassifizierung der Gesellschaftsordnungen (Urgemeinschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, Kommunismus mit der ersten Phase Sozialis-

mus) wurde die von Marx beschriebene asiatische Despotie sorgfältig ausgeradiert. Als Variante des frühen Feudalismus, in seiner unmenschlichsten Form, erinnerte sie mit ihren Hauptcharakteristika zu sehr an den Sozialismus sowjetischer Prägung: Staatliches Eigentum an den damals entscheidenden Produktionsmitteln (Bewässerungssysteme, Straßen), staatliche Planung beim Bau staatlicher Objekte, staatliche Verteilung einer Vielzahl von Ressourcen. Den Sowjetmenschen die Möglichkeit zu geben, über diese Charakteristika der asiatischen Despotie nachzudenken, hätte bedeutet, Schwankungen im sozialistischen Glauben zuzulassen.

Es wurde versucht totzuschweigen, daß die Hauptmerkmale des »Kriegskommunismus« (Requirierung der Lebensmittel in Form einer Abgabepflicht, die staatliche zentralisierte Lenkung der Industrie) nicht nur vor Oktober- und Februarrevolution entstanden, sondern bereits im zaristischen Rußland, im kaiserlichen Deutschland und im demokratischen Großbritannien während des Ersten Weltkrieges zur Befriedigung der Bedürfnisse der Front. Der Sozialismus neigte natürlich stärker zur Anwendung eines nichtmarktwirtschaftlichen Systems, besaß darauf aber weder das Monopol noch das Urheberrecht.

Mehr noch, es zeigte sich, daß die »sozialistische Planwirtschaft« in der Realität eine planmäßige Entwicklung wesentlich schlechter gewährleistete als die kapitalistische, marktwirtschaftliche. Nach Lenin bedeutet Planmäßigkeit eine ständige und bewußte Aufrechterhaltung der Proportionalität. Das Element bewußter Handlungen des Staates war in der sowjetischen Wirtschaft, im Unterschied zur marktwirtschaftlichen Spontanität, voll ausgeprägt. Aber das, was durch diese bewußten Handlungen erreicht wurde, konnte man unter keinen Umständen als Proportionalität bezeichnen. Das waren durchgängige Disproportionen, die sich auf dem Verbraucherniveau in dem fürchterlichen, alles durchdringenden Wort »Mangelware« manifestierten. Alles war Mangelware, und das bedeutete Disproportionen, deren allgemeinsten Ausdruck die Disproportionalität der Ware-Geld-Beziehungen war. Es besteht kein Zweifel daran, daß die spontanen Kräfte des Marktes die Proportionalität zwar nicht ideal, aber auf alle Fälle erfolgreicher aufrechterhalten als die erlebte sozialistische Planwirtschaft. Der »Sozialismus« gebar die bürokratisierte Anarchie – eine schreckliche Verhöhnung der kommunistischen Utopisten. Das heißt, daß hinsichtlich der Planmäßigkeit ein zweifacher Widerspruch zwischen Dogma und Realität entstand: Die Planmäßigkeit ist im Kapitalismus durchaus vorhanden, der Sozialismus aber beherrschte sie nicht.

Es gibt keine wissenschaftlichen Beweise dafür, daß sich Markt und Sozialismus nicht vereinbaren lassen. Zumal keine Einigkeit darüber besteht, was Sozialismus eigentlich ist. Eine ganz andere Frage ist die Tatsache, daß es für eine solche Möglichkeit nur wenige praktische Beispiele gibt. Im wesentlichen beschränken sie sich auf Erfahrungen der NÖP in der UdSSR und der chinesischen Wirtschaft nach Beginn der Reformen in den achtziger Jahren. Weder die einen noch die anderen Erfahrungen können als unumstößliche Beweise für die Lebensfähigkeit eines Marktsozialismus als einer langandauernden Gesellschaftsformation und nicht nur einer Übergangsphase

angesehen werden. Allerdings wurde die NÖP nicht ökonomisch überwunden, sondern durch eine politische Willensentscheidung, nachdem sie 1927 eine bestimmte Krise, die Krise im Getreideaufkommen, durchlebte. Und niemand weiß, ob es eine praktische Möglichkeit der Verlängerung der NÖP, das heißt Beibehaltung des Marktes mit sozialistischer Perspektive, wirklich gegeben hätte.

Was das moderne China angeht, so besteht kein Zweifel an einer zwar langsamen, aber auch unbeirrten Evolution der Wirtschaft in Richtung Verringerung des Staatseigentums und der staatlichen Planungstätigkeit. Das Leben selbst trennt China von diesen Merkmalen der Gesellschaftsordnung, die mit dem Sozialismus in Verbindung gebracht wurden. Nimmt man die andere Seite dieser Gesellschaftsordnung – das System sozialer Sicherungen für die Bevölkerung –, so war diese, in dem immer noch Arme-Leute-Land, niemals stark entwickelt. Anders ausgedrückt: Die Gesellschaftsordnung Chinas war in praxi niemals so sozialistisch, wie das dargestellt wird, und die Mächtigen Chinas legen auf die Planwirtschaft als Kennzeichen des Sozialismus gar nicht so großen Wert. Für diese in höchstem Maße pragmatischen Machtorgane sind die äußeren Attribute des Sozialismus in erster Linie eine bequeme ideologische Verkleidung bei der Erfüllung einer äußerst komplizierten historischen Aufgabe: der Modernisierung des Landes.

Fazit: Welche Kennzeichen des Sozialismus verbleiben uns nicht in Worten, sondern in der Tat, wenn man die nicht bis zu Ende erprobte Praxis des Marktsozialismus ausklammert?

Das *Staatseigentum* in der sowjetischen Ausprägung entfällt, weil der Staat selbst kein gesellschaftliches Eigentum war. Und eine andere Form des gesellschaftlichen Eigentums bietet die sowjetische Erfahrung nicht an. Selbst das Aktieneigentum, das sich in den kapitalistischen Ländern entwickelte, ist in der Realität eher ein gesellschaftliches Eigentum als das Staatseigentum.

Das *zentralisierte Planungs- und Verteilungssystem* entfällt, weil es zuallererst in den kapitalistischen Ländern entstand und je nach Notwendigkeit auch heute dort angewendet wird.

Es bleibt das *System breiter sozialer Sicherungen*. Das erwies sich als wesentlich wirksamer in den reichen kapitalistischen Ländern des Westens. Dort aber entstand es nicht als der Gesellschaftsordnung immanentes Phänomen. Es ist keine unabdingbare und natürliche Folge des Kapitalismus und der Marktbeziehungen, sondern die Folge bestimmter, bewußter politischer Entscheidungen, die auch ausbleiben können. »Soziale Marktwirtschaft«, »sozial orientierte Marktwirtschaft« – das klingt nicht sehr bestimmt und fügt sich nicht in die harten Grenzen der fünfteiligen Formationsgliederung. Hat es doch das Leben selbst abgelehnt, sich diesen Grenzen anzupassen.

Sozialismus in dieser Form – als ein System sozialer Sicherungen – kann bei niemandem auf Widerspruch stoßen, so lange dieses System die ökonomischen Realitäten berücksichtigt. Diesem System abzuschwören ist unnötig – im Gegenteil, ein solcher Sozialismus muß in Rußland allseitig kultiviert werden. Nur ist das keine Gesellschaftsordnung in dem Sinne, wie wir das in den marxistischen (aber vom Wesen her stalinistischen) Schulungen gelernt haben. Das ist eher eine sozial-politische und kulturelle Tendenz.

### *Die kommunistische Idee*

Mit der kommunistischen Idee ist es komplizierter. Das uns versprochene kommunistische Morgen wird in der Regel wie eine dumme Anekdote belächelt – zu Unrecht.

Erstens ist diese Idee, wenn man sie nicht vulgär, sondern wissenschaftlich betrachtet, überhaupt nicht illusorisch. Zweitens kann ihre Umsetzung – ohne gründliches Nachdenken und seriöse Vorbereitung – uns (genauer gesagt: unseren Nachkommen) eher zur Hölle als zum Paradies geraten.

Nikita Chruschtschow wird vorgeworfen, daß er den Sowjetmenschen den Kommunismus ab 1980 versprochen und sie betrogen habe. In Wirklichkeit hat es ein solch wörtliches Versprechen Chruschtschows nicht gegeben. Es handelte sich vielmehr um eine spätere Interpretation der Parteipropagandisten, die von denen, die ins letzte Parteiprogramm geschrieben hatten, »die heutige Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben«, nicht vorgesehen war. Allerdings ist Nikita Sergejewitsch, bei all seinen Verdiensten um die Entlarvung des Stalinismus, schuld an der Kultivierung vulgärer Vorstellungen über den Kommunismus. Im Verständnis des »Mannes von der Straße« kam dieser zunehmend einem allen zugänglichen Verteiler kostenloser Wurst gleich. Die Begründer des Marxismus hatten sich diese Gesellschaftsordnung anders vorgestellt.

Von der Stimmung des Kriegskommunismus – im unvergeßlichen Jahr 1919 – hatte sich Lenin zur Arbeit *Die große Initiative*<sup>5</sup>, dieser bei den Propagandisten der Suslowschen<sup>6</sup> Schule so beliebten Arbeit, verleiten lassen. Er hatte die prinzipielle Bedeutung der Subbotniks als Vorbote einer kommunistischen Einstellung zur Arbeit, beruhend auf Enthusiasmus, übertrieben. Er vermutete, daß vielleicht die Subbotniks der Weg zum Kommunismus sein könnten. Er fügte aber auch sofort hinzu, daß es nicht unbedingt so kommen müsse. Seine Definition der kommunistischen Arbeit aber ist in ihrer Kürze und Verständlichkeit ideal: Arbeit ohne Erwartung einer Entlohnung. Daraus entstand die verbreitete Vorstellung vom Kommunismus als einer Gesellschaft ohne Geld (es gibt alles umsonst) und die logische Schlußfolgerung, daß man im Kommunismus leben kann, ohne zu arbeiten. Früher, in seiner Arbeit *Staat und Revolution*<sup>7</sup> hatte Lenin bereits präzisiert, daß die Vorstellungen von Marx und Engels über diese Gesellschaftsordnung nicht den heutigen Spießern und nicht die heutige Arbeitsproduktivität voraussetzten. Sehen wir uns jede dieser Bedingungen etwas näher an.

Die klarste Beschreibung der Entwicklung der Produktivkräfte gab Marx in einer Arbeit, die Lenin nicht kannte, da sie erstmalig im Original 1939–1941 und in Russisch Ende der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts erschien. Es handelt sich um eine Vorarbeit für das *Kapital*, die 1983 als »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie« in einem Ergänzungsband der Werke<sup>8</sup> erschien. In dieser Arbeit wird als Triebkraft für die Entstehung einer künftigen Gesellschaft die Entwicklung von Wissenschaft und Technik dargestellt, die eine solche Stufe erreicht, daß der Wert als Ergebnis lebendiger Arbeit abstirbt. Folglich würden alle gesellschaftliche Verhältnisse, die auf Schaffung, Aneignung und Konsum des Wertes aufbauen, eine tiefe

5 W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, S. 397–424.

6 Michail Suslow (1902–1982), Mitglied des Politbüros der KPdSU, galt als Chefideologe der Partei.

7 W. I. Lenin, a. a. O., Bd. 25, S. 393–506.

8 MEW, Bd. 42.

Veränderung erfahren. Hier der Text von Marx: »Der Austausch von lebendiger Arbeit gegen vergegenständlichte – d. h. das Setzen der gesellschaftlichen Arbeit in der Form des Gegensatzes von Kapital und Lohnarbeit – ist die letzte Entwicklung des Wertverhältnisses und der auf dem Wert beruhenden Produktion. Ihre Voraussetzung ist und bleibt – die Masse unmittelbarer Arbeitszeit, das Quantum angewandter Arbeit als der entscheidende Faktor der Produktion des Reichtums. In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder – deren powerful effectiveness – selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion.«<sup>9</sup>

9 Ebenda, S. 600.

In den vergangenen fast anderthalb Jahrhunderten ist dieser Mechanismus weder vom Leben selbst noch in der Theorie widerlegt worden. Allerdings ist er auch von der Praxis bisher nicht bestätigt worden, weil es sich hier um den Versuch handelte, sehr weit nach vorn zu schauen. In allerletzter Zeit mehren sich die Anzeichen – im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und besonders im Zusammenhang mit der Computerrevolution – für eine Bestätigung eben dieser Entwicklungstendenz.

Die Veröffentlichung der »ökonomischen Manuskripte« wurde von der offiziellen sowjetischen Propaganda verständlicherweise ohne große Begeisterung aufgenommen. Interesse fanden sie nur bei Gesellschaftswissenschaftlern liberaler Couleur. Denn aus dem zitierten Absatz ergeben sich für jeden Marxisten allzu viele unbequeme Fragen.

Als erstes kommt einem der berühmte, von Lenin so geliebte, siebente Abschnitt des vierundzwanzigsten Kapitels des ersten Bandes des *Kapital* in den Sinn, der ganzen Generationen marxistischer Revolutionäre das Vaterunser ersetzte. Diese Seiten sind zweifellos in einem Zustand flammender Begeisterung geschrieben worden und künden von der letzten Stunde des Privateigentums, von der Expropriation der Expropriateure. Wer konnte an der Größe eines Wissenschaftlers zweifeln, der fünfzig Jahre vor der Oktoberrevolution ihr wichtigstes Ereignis voraussagte, und wer konnte an der Rechtmäßigkeit und Unvermeidbarkeit der Revolution zweifeln, wenn sie fünfzig Jahre zuvor von einem großen Gelehrten vorausgesagt worden war?

Und nun stellte sich nach einem halben Jahrhundert heraus, daß dieser große Gelehrte gleichzeitig auch einen ganz anderen Mechanismus des Übergangs zu einer Gesellschaft der Zukunft vorausgesagt hatte, in dem die Expropriation überhaupt nicht erwähnt wird, weil sie bei diesem Mechanismus sinnlos ist. Zwar schließen die Ereignisse, die sich nach den Gesetzen des einen Mechanismus entwickeln, eine künftige Möglichkeit des anderen Weges nicht aus, die Triebkräfte sind aber hier und dort prinzipiell verschieden.

Wenn man sich nach dem zweiten Szenario orientiert – die Handlungen nach dem ersten führten nach 74 Jahren zum Mißerfolg, so daß uns nunmehr kaum eine andere Wahl bleibt –, so ergibt sich, daß der Versuch der Bolschewiki nach dem Oktober 1917, die Zeiger einer Volks- und Bauernrevolution in Richtung Sozialismus zu stellen, die gesellschaftliche Entwicklung, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte vorbereitet wird, um mindestens 200 Jahre vorweggenommen hat.

Was für die sowjetische Propaganda besonders peinlich, für das Schicksal der Menschheit aber nicht mehr so wichtig ist, das ist die Tatsache, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in Richtung kommunistische Arbeit, kommunistische Arbeitsproduktivität früher und erfolgreicher in den kapitalistischen Ländern begann als in den sozialistischen, wo sie stagnierte. Damit wurde die These vom Sozialismus als der ersten Phase und des geraden Weges zum Kommunismus in Frage gestellt.

Dennoch, welch propagandistische und sogar sehr ernste politische Fragen, die sich bei einer solchen Entwicklung der Arbeitsproduktivität, wie Marx sie in seinen Manuskripten beschrieb, sich auch ergeben könnten, sie lassen keinen Zweifel an der Richtigkeit der strategischen Perspektive aufkommen. Ja, die Entwicklung der Produktivkräfte führt eben zu der Gesellschaftsordnung, die Marx zwar nicht direkt Kommunismus nannte, die aber mit der wissenschaftlichen Vorstellung vom Kommunismus übereinstimmt.

Wesentlich komplizierter verhält es sich mit der Gruppe von Fragen, die Lenin in den Worten »und nicht den heutigen Spießherren« erfaßte. Das heißt, der Kommunismus setzt einen Menschen voraus, der nicht durch die vorausgegangene Entwicklung geprägt ist.

Wenn wir zu der Ausgangscharakteristik der kommunistischen Arbeit als einer Arbeit ohne Erwartung von Belohnung zurückkehren und damit zu der sich daraus ergebenden Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft als einer Gesellschaft, in der man ohne Arbeitseinkommen leben kann, oder anders gesagt, ohne zu arbeiten – die materiellen Voraussetzungen dafür werden durch die erhöhte Arbeitsproduktivität geschaffen –, so können wir feststellen, daß es bereits heute einen solchen Menschentyp gibt. Das sind die Obdachlosen. In den USA etwa 60000 allein in New York und zirka eine Million im ganzen Land. Wieviel es heute in Rußland gibt, wo sie *bomshi*<sup>10</sup> genannt werden, ist nicht bekannt.

10 Abkürzung für »ohne festen Wohnort«.

### *Eine gescheiterte Moral*

Was passiert mit der Menschheit, wenn die produktive Arbeit ihre unbedingte Notwendigkeit verliert und der ökonomische Zwang zur Arbeit nicht mehr vorhanden ist? Bisher haben die Futurologen, als sei es eine Selbstverständlichkeit, über das nie dagewesene Aufblühen schöpferischer Tätigkeiten (Kunst, Wissenschaft) geschrieben. Dazu wird es kommen. Daran besteht kein Zweifel. Wird es aber nur so sein? Welcher Teil der Bevölkerung wird sich dieser ehrenwerten Tätigkeit widmen, welcher Teil einer virtuellen Computerwelt und welcher Teil zum Beispiel dem Zeitvertreib der Fans, die sich in den Stadien nicht zum Fußball, sondern zum Prügeln versammeln? Es wird angenommen, daß sich die Menschen mit ihrer

Selbstvervollkommnung beschäftigen werden. Doch das ist Arbeit, und die ist nicht mehr lebensnotwendig. Die beispiellose Aufgabe, die Menschen zum Leben unter völlig neuen Bedingungen zu erziehen, könnte sich als absolut notwendig erweisen, um die Menschheit vor der Selbstvernichtung zu bewahren. Doch niemand hat bisher eine Vorstellung, wie man eine solche Erziehung bewerkstelligen könnte.

Natürlich besteht keine Notwendigkeit, dieses Problem jetzt schon anzugehen. Die heutige Generation wird es nicht mehr erleben. Und bisher hat die Menschheit immer neue Lösungen für neu entstehende Aufgaben gefunden. Nur müssen wir zwei Dinge im Auge behalten. Erstens: Der Kommunismus ist trotz aller Verhöhnungen möglich. Zweitens: Der Kommunismus kann entgegen allen früheren Trümereien mehr neue Probleme hervorbringen als alte lösen.

Vielmehr brennen uns die Probleme der neuen russischen Gesellschaftsordnung auf den Nägeln, die sich nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Rußland herauszubilden beginnt. Klammern wir die ökonomischen Ungereimtheiten einmal aus, über die tagtäglich in den Zeitungen berichtet wird. Man kann nur hoffen, daß Rußland, angesichts langer und bitterer Erfahrungen, nicht wieder zur Ablehnung der Marktwirtschaft zurückkehrt und daß ihm wenigstens in dieser Hinsicht kein Unheil droht, obwohl das Verständnis für das Wesen des Marktes noch kein Allgemeingut ist. Aber das unerwartete Ende der Sache Lenins, nach Jahrzehnten der Siege, zwingt uns zum Nachdenken über seine Ursachen und über die Wahrscheinlichkeit der Wiederholung politischer Krankheiten, die den Bolschewismus zu Grabe getragen haben.

Es ist heute in Mode gekommen, über die Grausamkeiten Lenins und der Bolschewiki zu palavern, die Stalin übernommen und am Ende gegen die revolutionäre Partei selbst gerichtet und diese ebenso erbarmungslos ausgerottet habe wie es die Bolschewiki in den Tagen der Revolution und des Bürgerkrieges mit ihren Feinden taten. Die Erbsünde der Revolution hätte gleichsam die Helden des Oktober 1917 zu Grunde gerichtet. Diese Gedankengänge werden durch die Behauptung ergänzt, die Zeugnisse Leninscher Grausamkeit seien früher geheimgehalten worden und erst nach der Öffnung der Archive bekannt geworden. In Wirklichkeit sind die neu entdeckten Dokumente derselben Art, wie sie seit jeher in Lenins gesammelten Werken vorkommen. Befehle zu Erschießung von Bauern waren kein Geheimnis. Es wurde lediglich empfohlen, sie nicht besonders zu propagieren. Aber Spezialisten wußten davon. Und wenn sich heute jemand beschwert, ihm sei etwas vorenthalten worden, dann sieht es mehr nach einer Schutzbehauptung von Historikern aus, die früher genau das Gegenteil schrieben. Unkenntnis über die Grausamkeiten der Bolschewiki gab es bei den heutigen Historikern nicht. Grausamkeiten gab es und keine geringen. Aber war das eine ausschließliche Eigenschaft der Bolschewiki und dann auch die Ursache für ihr Scheitern? Die Bolschewiki siegten im Bürgerkrieg in einem Land mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung. Sie konnten nur siegen, weil deren Mehrheit, wenn auch ohne Begeisterung, den Roten vor den Weißen den Vorzug gab. Dabei gab es Momente, daß die Weißen zwei Drittel des Territoriums Rußlands

besetzt hielten und unter ihrer Herrschaft sich ein wesentlich größerer Anteil der Bevölkerung befand als unter der Herrschaft der Roten. Hinzu kam die Unterstützung der Weißen durch ausländische Interventionen. Gerade nach den größten Siegen der Weißen, nach der Übernahme der Macht über größere Teile der Bevölkerung, begann die Zerschlagung aller ihrer Offensiven. Daß die Armee Koltshaks und das tschechoslowakische Korps vorwiegend von sibirischen Bauern besiegt wurden, ist eine Binsenwahrheit.

Die Repressalien der Weißen gegen die Bevölkerung waren schwerwiegender als die der Roten. Doch die Grausamkeit der jeweils Herrschenden war nicht der Hauptfaktor für die politische Entscheidung. Das Wichtigste in den Augen der Bauern war die Landpolitik der Bolschewiki, denn sie entsprach den Interessen der Bauern. Daß diese sich später als heuchlerisch herausstellen würde, konnte damals niemand ahnen.

Grausamkeiten waren in diesem Land übrigens schon zur Norm geworden, nachdem der Weltkrieg Millionen von Menschen gezwungen hatte, sich jahrelang mit Töten zu beschäftigen. Auch die Klassenverhältnisse vor dem Krieg regten nicht gerade zur Friedfertigkeit an. Erinnert sei nur daran, wie Soldaten und Matrosen auch anständige Offiziere und Generale umbrachten, wie Herrenhäuser geplündert wurden, um zu verstehen, daß die Bolschewiki überhaupt keine Ausnahme bildeten bei der Mißachtung menschlichen Lebens.

Nein, nicht die Erbsünde der Grausamkeit führte zur Niederlage der Revolutionäre. Gescheitert sind sie an der Widersprüchlichkeit der von ihnen selbst aufgestellten revolutionären Moral. Das Wesen dieser Moral hatte Lenin in seiner berühmten Rede »Die Aufgaben der Jugendverbände« auf dem dritten Kongreß des Komsomol<sup>11</sup> formuliert. Es war im Oktober 1920, gerade war der Bürgerkrieg zu Ende gegangen. Die Ideologie des »Kriegskommunismus« hatte ihre Perspektive verloren. Die von den Fronten des Krieges und der Arbeit angereiste Jugend war natürlich verblüfft, als Lenin sie nicht zur Weltrevolution aufrief, sondern zur Aneignung der Reichtümer der Weltkultur. Denn diese waren ja früher, das heißt in der Ausbeutergesellschaft, geschaffen worden.

Und gleichzeitig, in derselben Rede, sprach Lenin über die kommunistische Moral, indem er jene Moral als Betrug brandmarkte, die aus einem »übernatürlichen, klassenlosen Begriff abgeleitet« werde. Denn »... unsere Sittlichkeit ist von den Interessen des proletarischen Klassenkampfes abgeleitet«<sup>12</sup>. Diese neue revolutionäre Moral ähnelte in erschreckender Weise dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel.

Mit gutem Grund war Dostojewski zu Sowjetzeiten wenig beliebt und wurde unter Stalin an den Schulen überhaupt »nicht durchgenommen«. Es ging dabei noch nicht mal um den Roman »Die Dämonen«, in dem die Revolutionäre nicht allzu gut wegkommen. Die Ursache war Dostojewskis grundsätzliche moralische Position, die seine Werke in einem Maße durchdringt, daß, wollte man sie weglassen, nichts zu lesen übrigbleibt.

Auf die Frage, ob man ein Kind zu Tode quälen darf, wenn es um das Glück der gesamten Menschheit geht, gab die revolutionäre Moral eine eindeutige Antwort: Man darf. Und erst viel später haben die

11 W. I. Lenin, a. a. O., Bd. 31, S. 272–290.

12 Ebenda, S. 281.

Anhänger dieses Glaubens bemerkt, daß man auf diese Art für niemanden das Glück erringen kann – es folgen nur immer neue zu Tode Gequälte. Begeistert von Lenins Aufruf, allen Reichtum der Weltkultur zu erobern, bemerkten wir nicht den Widerspruch: Was ist das für ein Reichtum der Weltkultur, wenn ihr der Kern, die Moral, entrissen wird?

Aus anderen Äußerungen Lenins folgte, daß auch die bürgerliche politische Kultur abgelegt werden müsse, da die Bolschewiki auf die bürgerliche Demokratie, die Parteienvielfalt und das bürgerliche Recht, einschließlich der Unschuldspräsumtion, voller Verachtung herabsahen. Sie kamen nicht auf den Gedanken, daß die revolutionäre Moral sehr bald zur Hauptwaffe der Vernichtung ihrer selbst werden würde. Und zwar in Maßstäben, die alle bisherigen Untaten der Konterrevolution in den Schatten stellten. Zuerst wurde ungesetzlich und grausam mit den »klassenmäßig fremden Elementen« umgegangen – mit Geistlichen, Menschewiki, oppositionellen Gruppen und Kulaken. Später, als die Gesetzlosigkeit zur Gewohnheit und für manche zum Beruf geworden war, wurde es möglich, unter dem Geheul von Meetings, auf denen die Todesstrafe gefordert wurde, die revolutionäre Partei selbst zu zerschlagen. 1937 dann war es ein leichtes, dem Volk zu erklären, daß die Hinrichtung der »Volksfeinde« im Interesse des Landes geschähe.

Im neuen Rußland kommt es heute niemandem in den Sinn zu erklären: »Das Ziel heiligt die Mittel.« Verkündet wird so etwas nicht. Bedeutet das aber, daß es niemand in der Praxis anwendet? Viele Handlungen oder Unterlassungen von Politikern mit der besten demokratischen Reputation können nur damit erklärt werden, daß sie dieses Prinzip verinnerlicht haben. Im Grunde entsprach die Unterstützung Jelzins durch die Mehrzahl der demokratisch gesinnten Menschen, die 1996 auf diese Weise Sjuganow nicht an die Macht kommen lassen wollten, genau diesem Prinzip. Man muß das eingestehen, obwohl ich auch heute noch nicht weiß, wie wir in dieser Situation hätten anders handeln sollen.

Verschiedene Faktoren, auf die die russische Krise am Ende des 20. Jahrhunderts zurückzuführen ist, wirkten im Laufe von Jahrzehnten, andere sogar jahrhundertlang. Die Überwindung dieser Krise wird noch viele Jahre dauern. Das Sinnloseste, was man sich in einer solchen Situation einfallen lassen kann, ist die Besserwisseri im Rückblick. Die größte Geschmacklosigkeit aber ist es, sich als Nihilist zu gebärden, das heißt, all das abzulehnen, was man früher bejaht hat: wenn beispielsweise früher der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus als Heldentat verherrlicht wurde und heute die Restauration des Kapitalismus gepriesen wird. Der heutige Nihilismus ist nicht besser als der frühere Konformismus. Er ist ebenfalls Konformismus. Nur steht dieser auf dem Kopf.

Nützlicher wäre da schon ein Nonkonformismus, der uns zu der Frage anregt, ob man die gesellschaftliche Entwicklung überhaupt in die starren Grenzen von »Formationen« pressen darf. Karl Marx, dem man gewöhnlich die Erfindung der Formationsanalyse zuschreibt, hielt sich überhaupt nicht an exakte Abgrenzungen. Das war im 19. Jahrhundert. Sollen wir uns, die wir in einer ganz anderen Epoche leben, durch diese Grenzen einengen lassen?

Ein Paradoxon der Ideologie: Wir sind überzeugt, uns von dem im tiefsten Innern des Sowjetmenschen sitzenden Marxismus getrennt zu haben. In Wirklichkeit hat unsere Gesellschaft aber all das beiseite gelegt, was im Marxismus wirklich wissenschaftlich ist und im Unterbewußtsein all das bewahrt, was in der Marxschen Lehre schwach ist. Außerdem hat sie die terminologische Struktur bewahrt, die Sprache der sozial-politischen Analyse, die von der Stalinschen Vulgarisierung des Marxismus geprägt ist.

Der Politiker Marx hat des öfteren den Wissenschaftler Marx behindert. Der Wissenschaftler verband den künftigen gesellschaftlichen Umsturz mit dem Anwachsen des materiellen Reichtums auf der Grundlage der technischen Entwicklung. Marx als Politiker setzte auf die Expropriation. Der Gelehrte strebte nach der allseitigen Beschreibung kompliziertester Prozesse und nutzte für die Erforschung von historischen Gesetzmäßigkeiten die Abstraktion der Gesellschaftsformation. Der Politiker vergaß, daß er es mit Abstraktionen zu tun hat, die er selbst für die wissenschaftliche Analyse entwickelt hatte, und erhob die Ablösung der bestehenden Gesellschaftsformation zur unmittelbaren Aufgabe einer politischen Partei.

Seine russischen Anhänger gingen noch weiter. Es wäre notwendig gewesen, eine wohlhabende, gerechte, demokratische Gesellschaft für alle Bürger des Landes zu errichten, um erst dann den Männern der Wissenschaft es zu überlassen festzustellen, was daraus geworden ist und welchen Namen man dieser Gesellschaft geben sollte. Statt dessen wurde dem großen Land vorgeschrieben, eine am Schreibtisch erfundene Gesellschaftsformation aufzubauen und das Leben darin nach diesem Leitbild mit der Axt zurechtzustutzen.

Noch lächerlicher ist aber, was wir ständig dazu von uns geben. Eine der häufigsten Thesen lautet, daß Rußland 1917 aus der Weltzivilisation herausgefallen sei. Mehr als sieben Jahrzehnte habe es dann gleichsam nicht existiert, und nun bestehe seine Aufgabe darin, an den Ausgangspunkt, in die Weltzivilisation zurückzukehren, um von dort aus seinen historischen Weg fortzusetzen. Aus der Zivilisation fällt man nicht heraus. Gerade im 20. Jahrhundert löste Rußland auf höchst aktive Weise eine allgemeinzivilisatorische Aufgabe, um die kein Volk herkommt: Es vollzog den Übergang von einem Agrarland zu einem Industrieland. Die sowjetische Propaganda schrieb der neuen Gesellschaftsformation alle positiven Folgen einer neuen Zivilisation zu. Die Industrialisierung wurde nicht anders als die sozialistische bezeichnet und als ein besonderes Verdienst des Sozialismus (in erster Linie Stalins) hingestellt (die Sjuganowleute trommeln noch heute darauf herum). Als ob sich Westeuropa und die USA nicht vor dem Sozialismus und ohne ihn industrialisiert hätten. Gleichzeitig wurden alle negativen Folgen der industriellen, städtischen Zivilisation auf die alte Gesellschaftsformation als »Überbleibsel des Kapitalismus« geschoben. Der heutige Nihilismus verlangt ebenso, alle Sünden des zivilisatorischen Übergangs auf die heute nicht mehr opportune sozialistische Gesellschaftsformation zu schieben.

Dessenungeachtet war eines der entscheidenden Ergebnisse des 20. Jahrhunderts in Rußland die Vollendung einer großen zivilisatorischen Umwälzung. Leider hat Rußland, unter Stalins Führung, den

schlechtesten Ansatz für diesen Übergang gewählt, einen Übergang, der mit den größten Opfern verbunden war und nicht die beste Qualität der geschaffenen industriellen Zivilisation ergab. Aber der Übergang ist geschehen, und das heißt, Rußland war keineswegs aus der Weltzivilisation herausgefallen.

Rußland gehörte sogar zu den aktivsten Kräften der Zivilisation des 20. Jahrhunderts. Das wird nicht nur durch die Tatsache bestätigt, daß der erste Mensch im Kosmos ein Sowjetmensch war. Es gibt auch andere Beweise. Deutschland zum Beispiel, das den Hitlerfaschismus hervorgebracht hatte, fand nicht die Kraft, dieses Ungeheuer aus eigener Kraft zu stürzen – das mußten äußere Kräfte tun. Aber niemand behauptet, daß Deutschland aus der Weltzivilisation herausgefallen sei. Und Rußland, das mit Hilfe seiner Verbündeten Hitler vernichtet hatte, befreite sich dann selbst qualvoll vom Stalinismus. Das dauerte lange. Und vielleicht ist der Prozeß noch nicht ganz abgeschlossen. Jedenfalls in dem Maße, wie es bisher möglich war, aber auf alle Fälle aus eigener Kraft.

Der Hauptmangel in all diesem Durcheinander besteht nicht darin, daß die Geschichte falsch beurteilt wird, obwohl natürlich die Fehldeutung historischer Erfahrungen zur Wiederholung historischer Fehler führen kann. Der Hauptmangel besteht darin, daß immer wieder vorgeschlagen wird, etwas nach einem vorgegebenen Formationsplan aufzubauen. Nur soll es diesmal nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus sein. Das Ergebnis kann ebenso traurig werden. Schaffen sollte man eine zivilisierte Gesellschaft, einen Rechtsstaat, ein gefahrloses und materiell abgesichertes Leben. Die Bestimmung der Formation, die im Ergebnis entsteht, sollten die Politiker den Historikern überlassen.

Der Maulwurf der Geschichte ist blind. Er sieht nicht, wohin seine Gänge führen, die er unter der Erde gräbt. Aber die Gänge, die er schon gegraben hat, sind an der Oberfläche klar zu erkennen – man muß nur den Mut haben, sie mit offenen Augen anzuschauen.

Aus dem Russischen von KARL HARMS